

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und  
Katastrophenschutz am 08.06.2022**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:05 Uhr  
**Sitzungsort:** Feuerwache, Innsbrucker Straße 8

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung  
und der Beschlussfähigkeit**

Die **Ausschussvorsitzende, Frau Bürgermeisterin Nußbeck** eröffnet die Sitzung und stellt zunächst fest, dass die Beschlussfähigkeit mit 3 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern nicht gegeben ist.

Weiterhin stellt **Frau Nußbeck** fest, dass sie vom Oberbürgermeister zwar mit dem Vorsitz über den Ausschuss betraut wurde, jedoch selbst kein Stimmrecht hat. Zudem teilt Sie mit, dass der anwesende Stadtrat Herr Gebhardt nur beratendes Mitglied des Ausschusses ist und ebenfalls kein Stimmrecht besitzt.

Gegen die Feststellung der form- und fristgerechten Ladung werden keine Einwendungen vorgebracht.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Auf Nachfrage der **Ausschussvorsitzenden** werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge zur vorliegenden Tagesordnung vorgebracht.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2021**

Die **Ausschussvorsitzende** stellt die Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2021 zurück, da keine Beschlussfähigkeit des Ausschusses vorliegt.

Auf Nachfrage werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

## 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Die **Ausschussvorsitzende** informiert darüber, dass in der Sitzung des Ausschusses am 11.11.2021 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

## 5 Einwohnerfragestunde

Die **Ausschussvorsitzende** informiert über im Rahmen der Einwohnerfragestunde vorliegende schriftliche Anfragen.

**Herr Kuhnhold**, Amtsleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, verliest die Fragen und beantwortet diese direkt.

### 1. Frage

„Auf welcher Szenario basierten Grundlage wurde für die Stadt Dessau-Roßlau eine Alarm- und Ausrückeordnung für den Brandschutz und die Hilfeleistung nach dem Brandschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt erstellt?“

**Herr Kuhnhold** erläutert, dass es nicht nur eine Szenario basierte Grundlage gibt, sondern auf den Erfahrungswerten im Bereich Brandschutz und technische Hilfeleistung basierend 50 verschiedene Einsatzstichworte existieren. Diese sind wiederum mit Eskalationsstufen untersetzt. Er erklärt diese Unterteilung anhand eines Wohnungsbrandes. Er stellt dar, dass ein Brand in einem freistehenden Einfamilienhaus, bei dem sich die Bedrohung auf die Anzahl der Bewohner bezieht, eine geringere Eskalationsstufe darstellt, als der Wohnungsbrand in einem Mehrfamilienhaus. Er erklärt weiter an Beispielen diese Stufen weiter bis zur höchsten Eskalationsstufe und erläutert, dass die Einsatzstichworte festlegen, welche Mittel und Einsatzkräfte für den Einsatz benötigt werden. Die Eskalationsstufe erhöht dann zusätzlich den Einsatzmittel- und Personalbedarf für die Alarmierung. Er erklärt zudem, dass die Leitstellenmitarbeiter aufgrund ihrer Abfrage und der Erfahrung die Eskalationsstufen festlegen.

### 2. Frage

„Wurden bei der Bemessung von o. g. Szenarien die Hinweise der AGBF zur Soll-Stärke nach dem Grundsatzpapier „Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten“ Stand November 2015 angewandt? Wenn Nein, welche Abwägungsgründe wurden hierbei berücksichtigt?“

**Herr Kuhnhold** führt aus, dass in der Risikoanalyse der Standardeinsatz beschrieben ist. In diesem Standardeinsatz ist die Mittel – und Personalstärke festgelegt. Diese richtet sich nach den Empfehlungen der AGBF und wird somit 1:1 umgesetzt.

---

Er weist darauf hin, dass diese Empfehlungen der Mittel- und Personalauswahl nicht allein auf die Berufsfeuerwehr beschränkt ist, sondern auch eine Addition aus Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr sein kann.

### 3. Frage

„Ist es den Mitarbeitern der Leitstelle Dessau-Roßlau gestattet von der definierten Alarm- und Ausrückeordnung abzuweichen?“

**Herr Kuhnhold** führt aus, dass es den Mitarbeitern gestattet ist, von der Alarm- und Ausrückeordnung abzuweichen, sie aber angehalten sind, sich eng an diese zu halten. Es liegt im Ermessen der Mitarbeiter der Leitstelle, auf Grund ihrer Erfahrung und der Abfrage von der Alarm- und Ausrückeordnung abzuweichen.

Sollten die Informationen aus der Abfrage beispielsweise Hinweise darauf geben, dass kein Brand vorliegt und es sich lediglich um einen technischen Defekt der Anlage handelt, kann der Mitarbeiter eine geringere Eskalationsstufe wählen und umgekehrt.

### 4. Frage

„Gemäß Beschluss BV/278/2017/II-37 vom 06.12.2017 hat der Stadtrat unter anderem ein Fahrzeugkonzept für den Zeitraum 2018 bis 2027 verabschiedet. Wann erfolgt die vollständige Umsetzung des Konzeptes für die Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau?“

**Herr Kuhnhold** erklärt, dass die Risikoanalyse aus dem Jahr 2017 umgesetzt wurde oder sich noch in der Umsetzung befindet. Einige Beschaffungen von Fahrzeugen mussten auf Grund von fehlenden Haushaltsmitteln für andere Maßnahmen gescho-ben werden. Er erläutert, dass die Risikoanalyse zurzeit überarbeitet wird und Veränderungen, die bisher eingetreten sind, in der Analyse Berücksichtigung finden. Beab-sichtigt ist, diese auch in den Freiwilligen Feuerwehren zeitnah zu diskutieren und in diesem Jahr in den Stadtrat einzubringen. Zu der Risikoanalyse gehört das Fahr-zeugkonzept.

**Herr Kuhnhold** weist darauf hin, dass in der Risikoanalyse ausdrücklich schriftlich darauf hingewiesen wird, dass die Umsetzung in Abhängigkeit der Haushaltslage und der finanziellen Mittel steht. Er erklärt im Weiteren verschiedene Ursachen, wa-rum ein Fahrzeug nicht beschafft werden kann:

- Fördermittel werden vom Land für andere Maßnahmen bereitgestellt, die jedoch einen Eigenanteil beinhalten, der vorher nicht geplant werden konnte.
- Zudem werden nicht jedes Jahr Fördermittel für alle Fahrzeugtypen bereitgestellt, sodass sich aus wirtschaftlichen Gründen eine Anschaffung verschiebt, um später die Kosten durch Fördermittel zu reduzieren.

- Ein weiterer Punkt sind die gestiegenen Kosten bei Anschaffungen auf Grund der Preissteigerung. Herr Kuhnhold benennt als Beispiel das Gerätehaus in Meinsdorf. Dies führe dazu, dass Mittel im Haushalt gesucht werden müssen und sich andere Anschaffungen dadurch verschieben.
- Fahrzeuganschaffungen werden auch wesentlich teurer, als 1 ½ Jahre vorher in der Haushaltsplanung veranschlagt wurden. Auch dieser Preisanstieg muss ausgeglichen werden. Dazu kommen Wünsche der Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr nach Einsatzbekleidung, die eine besondere Priorität in der Ausstattung erhalten haben oder auch unvorhergesehene Anschaffungen durch das Land.

**Herr Kuhnhold** berichtet weiter, dass vier Fahrzeuge nicht planmäßig beschafft werden konnten. Alle Fahrzeuge sind aber in der Beschaffung vorgesehen, sodass teilweise Ausschreibungen und Vergaben bereits erfolgt sind. Problematisch sind die Lieferfristen in der Industrie, die ebenfalls die Beschaffung verzögern. Er benennt hier das Beispiel eines Wechselladers, der auf Grund von Lieferschwierigkeiten voraussichtlich auch erst im nächsten Jahr kommen wird. **Herr Kuhnhold** benennt zudem die Anschaffung für die Freiwillige Feuerwehr in Mosigkau. Die hier geplanten Fördermittel wurden durch das Land nicht genehmigt, sodass die fehlende Deckung durch eine Verschiebung einer geplanten Fahrzeugbeschaffung bei der Berufsfeuerwehr bereitgestellt wurde. Zwei Fahrzeuge sind zusätzlich gekommen, die nicht im Konzept aufgeführt waren. Diese Fahrzeuge kamen vom Bund und vom Land. Es handelt sich hierbei um ein Waldbrand TLF und den ELW ST. In der überarbeiteten Risikoanalyse ist eine Anpassung der Nutzungsdauer von maximal 25 Jahren auf mindestens 25 Jahre vorgesehen. Damit sollen die gestiegenen Kosten kompensiert werden.

Zusammenfassend stellt **Herr Kuhnhold** fest, dass viele Beschaffungen umgesetzt wurden und wenige sich aus den genannten Gründen verschoben haben.

## 5. Frage

„Wie hoch ist der derzeitige Investitionsstau zur vorgenannten Frage?“

**Herr Kuhnhold** erklärt, dass es sich hierbei nicht um einen Investitionsstau handelt, da andere Maßnahmen mit den finanziellen Mitteln realisiert wurden. Eingestellte Gelder sind auch ausgegeben worden. Die Unvorhersehbarkeit mancher Investitionen ist hier der Grund.

## 6. Frage

„Aus welchen Gründen wurden notwendige Fahrzeugbeschaffungen in den vorangegangenen Jahren nicht durchgeführt?“

---

**Herr Kuhnhold** erklärt, dass er diese Frage bereits vorher ausführlich beantwortet hat und schließt somit seine Beantwortung.

Die **Ausschussvorsitzende** erfragt, ob es Anmerkungen oder weitere Fragen dazu gibt.

**Herr Stadtrat Ratzmann** möchte wissen, ob der Fragesteller anonym ist.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** und **Herr Kuhnhold** erklären übereinstimmend, dass dieser bekannt sei.

**Herr Stadtrat Weber** fragt, ob das Fahrzeug in Mosigkau bereits ausgeschrieben ist.

**Herr Kuhnhold** teilt mit, dass die Vorbereitungen der Ausschreibung laufen.

**Herr Stadtrat Weber** stellt eine Frage an das Tiefbauamt. Er fragt nach dem Stand der Baumaßnahme Hangfichten. Er fragt weiter, ob die Messeinrichtungen laufen und wo die Daten empfangen werden. Zudem möchte **Herr Weber** wissen, ob die Berufsfeuerwehr an das Meldesystem mit angegliedert ist und ob die Berufsfeuerwehr im Gefahrenfall den Ortsteil Mosigkau informiert. Er möchte außerdem wissen, wann die Baumaßnahme am Neuen Teich beginnt.

**Frau Schwarz, Sb. Wasserbau im Tiefbauamt**, antwortet zur ersten Frage. Sie stellt fest, dass die Messinstrumente alle installiert sind und laufen. Momentan erfolgt die Abstimmung zwischen Messung und Steuerung der Anlage. Verzögert wird der Prozess auf Grund der Nichtdurchführbarkeit eines Probetriebes mangels Wasser in der Anlage. Danach wird die Alarmmeldung bearbeitet. Der Anschluss der Berufsfeuerwehr und Wasserwehren erfolgte zur Vermeidung von Fehlalarm bisher nicht, da es zurzeit noch zu Falschmeldungen der Messeinrichtung kommen kann.

**Herr Stadtrat Weber** fragt nach, wie aktuell die Gefahrenmeldung dann erfolgen soll. Er befürchtet bei erneutem Starkregen eine Notlage.

**Frau Schwarz** erklärt, dass das Tiefbauamt die Wasserstände und die Durchflussmengen sieht. Eine Alarmmeldung erfolgt bisher durch das System nicht. Sie weist darauf hin, dass das Tiefbauamt auch beim letzten Starkregen in Einsatzbereitschaft war.

**Frau Schwarz** antwortet auf die zweite Frage und benennt als Baubeginn September 2022 und den 08.06.2022 als Veröffentlichungstermin für die Ausschreibung.

**Herr Stadtrat Kellner** fragt, ob die digitale Meldung im Tiefbauamt aufläuft.

**Frau Schwarz** erklärt, dass es sich um eine Cloud-Lösung handelt, bei der alle Daten gesammelt und abgerufen werden können.

**Herr Stadtrat Kellner** fragt nach, ob die Mitarbeiter die Zugänge durch diese Cloud-Lösung auch von zu Hause aus einsehen können.

**Frau Schwarz** bejaht dieses unter der Voraussetzung, dass die Zugänge eingerichtet sind.

**Herr Stadtrat Kellner** fragt, ob das Amt 37 auch mit in das System eingebunden werde.

**Frau Schwarz** und **Herr Kuhnhold** erklären, dass der Anschluss auch für die Berufsfeuerwehr und die Wasserwehren vorgesehen ist.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzende** schließt die Einwohnerfragestunde.

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1 Auswertung der Frühjahrsdeichschau**

**Herr Müller, Abt.-Leiter abwehrender Brandschutz im Amt 37**, erläutert die Ergebnisse anhand einer PowerPoint-Präsentation. (*Anlage1*) Er erklärt, dass die Deichschau aufgrund Corona unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Er erklärt, dass die Stadt Dessau-Roßlau immer durch die Untere Wasserbehörde sowie das Amt 37 vertreten wurde. Zusammenfassend stellt er fest, dass die Deichanlagen im Stadtgebiet sich in einem baulich sehr guten Zustand befinden. Weiter stellt er dar, dass geringe Mängel im Bereich der Unterhaltsleistung existieren. Die Deichschauprotokolle liegen bisher dem Tiefbauamt und dem Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst nicht vor.

**Herr Müller** fragt Herrn Unger nach Ergänzungen.

**Herr Unger** hat keine Ergänzungen.

**Herr Stadtrat Kellner** bedauert die Abwesenheit des LHW und dass die Öffentlichkeit nicht zur Deichschau eingeladen wurde. Die Deichschau fand 1 Woche vor der Beweidung durch den Schäfer statt, sodass aufgrund des starken Bewuchses wohl keine sorgfältige Schadensdokumentation machbar war. Zudem bittet er festzuhalten, dass die Arbeit durch den Schäfer hervorragend ist und die Deiche sehr gut aussehen. Das Problem des invasiven Knöterichs sollte zudem unbedingt in Angriff genommen werden.

**Herr Müller** merkt an, dass festgestellte Schäden jederzeit gemeldet werden können.

## 6.2 Aktualisierung der Liste offener Hochwasserpläne

**Herr Unger** informiert zum aktuellen Stand Bau Hochwasseranlage in Kleutsch. Abschluss der Baumaßnahme soll bis August 2022 sein. Momentan werden Spundwände verpresst gefolgt von Profilierungsarbeiten. Ein Problem stellt die Staubbelastung aufgrund der Trockenheit dar, welches versucht wird zu vermeiden und im direkten Gespräch mit den Anwohnern geklärt wird.

Zur Hochwasseranlage in Mildensee gibt es keine neuen Erkenntnisse zur Baumaßnahme durch den LHW.

**Herr Stadtrat Kellner** merkt an, dass inzwischen Häuser wieder verkauft wurden, zu den bereits Verträge unterschrieben waren und fragt, wie lange die Unterschriften gültig seien.

**Herr Unger** antwortet, dass die Unterschriften so lange gelten, wie die Anwohner selbst Grundstückseigentümer sind. Die Unterschriften haben sonst keinen Zeitablauf.

**Frau Schwarz** führt zur Entwässerungskonzeption Waldersee aus, dass die naturschutzfachlichen Untersuchungen abgeschlossen sind und nach erfolgter Genehmigung in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit von Fördermitteln das Siel Naundorf baulich ertüchtigt werden kann.

Zum Brückenbauwerk in der Chörauer Straße ist der Stand unverändert im Vergleich zur letzten Sitzung.

Die Zuwegung zum Staubauwerk Prödelteich ist fertig gestellt.

Baubeginn für das Bauwerk Neuer Teich ist September 2022. Veröffentlichung der Ausschreibung ist heute.

## 6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Stadtrat Ratzmann** kritisiert den Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Deichschau. Die Corona Maßnahmen sind zum großen Teil aufgehoben und die letzte Deichschau fand am 02.06.2022 statt. Da hätte man die Gegebenheiten den Maßnahmen besser anpassen müssen.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** weist noch einmal darauf hin, dass der Veranstalter der LHW und nicht die Stadt Dessau-Roßlau ist.

**Herr Stadtrat Ratzmann** erklärt, dass ihm das bewusst ist und er hofft, dass die Kritik an den LHW weiter getragen wird.

**Herr Müller** stimmt zu, dass eine Beteiligung der Öffentlichkeit hilfreich ist.

---

**Herr Stadtrat Ratzmann** fragt, wie weit die Beschaffung der Sirenen vorangeschritten ist.

**Herr Kuhnhold** erläutert, dass 17 Sirenen beschafft werden sollen. Für 5 Sirenen sind im letzten Jahr Fördermittel gezahlt worden. Der Auftrag ist an die Firma Hörmann vergeben. Die Sirenen müssen erst produziert werden. Die Masten sind hierfür schon geliefert. Herr Kuhnhold rechnet mit einer Umsetzung der ersten 5 Sirenen in diesem Jahr. Auch in diesem Jahr hat die Stadt für 6 Sirenen Fördermittel erhalten (müssen bis 2023 umgesetzt werden). Insgesamt sind also 11 Sirenen in der Förderung. 17 Standorte sind lokalisiert und müssen mit den anderen Ämtern abgestimmt werden. Die Vorbereitungen laufen. Auf der Bietheschule wird eine Sirene in den Sommerferien installiert. Im Haushalt werden Mittel für die Anschaffungen in den nächsten Jahren eingeplant. Etwaige Fördermittel durch Bund und Land sollen aber aufgrund der Investitionssumme genutzt werden.

**Herr Stadtrat Kellner** versteht die Anwohner, die sich über den durch Sirenen verursachten Lärm beschweren nicht. Er fragt, ob Mosigkau auch eine Sirene bekommt.

**Herr Kuhnhold** erklärt, dass erst einmal 17 Sirenen Beschlusslage sind. Mosigkau steht nicht in der Planung, da die Priorität auf hochwassergefährdeten Bereichen entlang der Mulde und Elbe liegt. Wie sich Bund und Land in Anbetracht des Ukraine Konfliktes positionieren, muss abgewartet werden.

**Herr Stadtrat Weber** merkt an, dass auch andere Ereignisse als Hochwasser passieren können und benennt als Beispiel einen Unfall mit Gefahrgut.

**Herr Stadtrat Kellner** meldet umgefallene Eichen im Wasser im Bereich Mildensee und entlang des Seitenarmes der Mulde, die im Rahmen der Gefahrenabwehr beseitigt werden sollten, bevor sie auf Brücken aufschwimmen.

**Herr Kuhnhold** äußert sich, dass Herr Unger sich die Standorte notiert hat und die Information an den LHW weiterreichen wird.

**Herr Stadtrat Kellner** meldet weiter in der Ortslage Mildensee, Bröllwitzer Straße eine regelmäßige Überflutung der Straße an einer Senke. Verschiedene Maßnahmen sind durch das Tiefbauamt, die Stadtpflege und die Feuerwehr bereits ergriffen wurden. Eine Änderung der Situation ist aber ratsam, da die Einsätze der Stadt Geld kosten.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** sagt, dass das Problem bekannt sei.

**Herr Stadtrat Kellner** erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners und stellt fest, dass der Radweg an der Bundesstraße und viele Radwege gesperrt sind und auch die offenen Wege bereits befallen sind. Er fragt, wo die Leute langfahren sollen.

**Frau Schwarz** erklärt, dass die Meldung im Tiefbauamt auch erst heute auflief. Die Sperrung der Straße hat das Land vorgenommen. Der Tiergarten ist noch offen, da die Erfassung des Befalles momentan läuft.

**Frau Nußbeck** äußert sich besorgt über die Situation und empfindet die Lage schlimmer als im vorangegangenen Jahr. Es sei nicht nur ein Problem der Gesundheit, sondern auch des Pflanzenschutzes.

**Herr Unger** merkt an, dass die Entscheidung, dass es sich um kein Pflanzenschutzproblem handelt, vom Landesforstbetrieb und der Norddeutschen Forstlichen Versuchsanstalt getroffen wurde und auch durch diese vertreten werden muss. Zudem ist nicht nur der Fraß des Eichenprozessionsspinners das Problem, sondern auch die Trockenheit.

**Herr Unger** zählt die getroffenen Maßnahmen auf und stellt fest, dass die Maßnahmen nicht ausreichen. Das Problem wird sich nicht lösen lassen, da nie alle Eichenprozessionsspinner bekämpft werden können. Der Sachverhalt wird sich nicht im Bereich der Verwaltung lösen lassen, da auch viele Eichen auf Privatgrundstücken stehen.

**Herr Stadtrat Kellner** fragt nach, ob vom Land schon Erfolge bei der Bekämpfung gemeldet wurden.

**Herr Unger** teilt mit, dass die Auswertung der Befliegung durch den Hubschrauber im Moment läuft. Die Problematik des Eichenprozessionsspinners ist kein neues Problem. Es ist ein wiederkehrendes Ereignis, welches in Wellen immer wieder auftritt. Die Maßnahmen können nur die Spitzen dieser Welle brechen. Es wird noch 1 bis 2 Jahre dauern bis die Massenentwicklung einbricht.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 Beschluss über die Auswahlkriterien für das Verfahren zur Neuvergabe einer Konzession im Rettungsdienst Vorlage: BV/164/2022/II-37

**Herr Stadtrat Kellner** fragt, ob die neuen Leistungserbringer dann direkt in die neue Rettungswache in der Albrechtstraße einziehen.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** und **Herr Kuhnhold** bejahen das.

**Herr Stadtrat Kellner** möchte wissen, wer die Kriterien des Rettungsdienstes festlegt. **Herr Kuhnhold** erklärt, dass die Anzahl der vorzuhaltenden Fahrzeuge und der Stunden für den Rettungsdienst in einer Satzung festgeschrieben sind und so auch die Ausschreibung erfolgt. Eine Ausnahme stellt die Benutzung der neuen Rettungswache dar. Sollte die Rettungswache schneller fertig gestellt werden, gibt es auch eine Vereinbarung mit dem DRK, dass diese in die neue Rettungswache umzieht.

Die alte Rettungswache des DRK entspricht nicht mehr den baulichen Anforderungen, sodass es wichtig ist, dem neuen Leistungserbringer die Voraussetzungen nach Arbeitsstättenverordnung zu schaffen.

**Herr Stadtrat Kellner** fragt, ob der Notarzt in Roßlau mit zum Vergabeverfahren gehört. **Herr Kuhnhold** betont, dass nur das Auto und der Fahrer zum Verfahren gehören und der Notarzt selbst durch die Kassenärztliche Vereinigung gestellt wird.

**Herr Stadtrat Ratzmann** sieht die Gewichtung in der Ausschreibung kritisch, da der Faktor den Kostenanteil zu sehr vernachlässigt. Der Leistungserbringer ist, bei einem Vertrag über 6 Jahre, nur ein Jahr an die Preise gebunden. **Herr Ratzmann** möchte wissen, ob dieser Zeitraum nicht länger gewählt werden kann und ob mehrere Bewerber zur Auswahl stehen.

**Herr Kuhnhold** antwortet, dass es mehrere Bewerber gibt.

**Herr Stadtrat Ratzmann** möchte noch wissen, wer die Bewerber bewertet, da dies über den Zuschlag entscheidet. Er kritisiert zudem die Gewichtung der finanziellen Seite. Diese sei zu wenig berücksichtigt. **Herr Kuhnhold** stellt klar, dass der Träger des Rettungsdienstes unter Einbindung der Submissionsstelle und des Rechtsamtes die Entscheidung vornimmt. **Frau Nußbeck** stellt klar, dass die Leistung im Vordergrund der Ausschreibung steht und dies höhere Priorität vor den Kosten hat. **Herr Kuhnhold** führt weiter aus, dass der Faktor lediglich die gewollte Gewichtung von 60% für das Konzept und der 40% Leistungspreis garantiert. Der Faktor ist keine Aufwertung. Eine zu vergebene Maximalpunktzahl stellt dies sicher. Er betont, dass es sich beim Beschluss nicht um die Ausschreibungsunterlagen sondern es sich um die Vergabekriterien für eine Auswahlentscheidung handelt. Die Entgeltverhandlungen laufen am Ende zwischen dem Leistungserbringer und den Krankenkassen.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

**Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, weist aber darauf hin, dass diese Abstimmung nur das Meinungsbild der anwesenden Ausschussmitglieder wiedergibt. Aufgrund fehlender Beschlussfähigkeit ist eine reguläre Abstimmung nicht möglich.**

### Abstimmungsergebnis:

3/0/0

Die **Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

## 8 Nichtöffentliche Anfragen und Informationen

Es wurden keine nichtöffentlichen Anfragen und/oder Informationen vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzende** stellt die Öffentlichkeit wieder her.

---

**9 Schließung der Sitzung**

Die **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Dessau-Roßlau, 20.09.22

---

Sabrina Nußbeck  
Vorsitzende Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und  
Katastrophenschutz

Radtke  
Schriftführer